Kleine Anfrage

der Fraktion der SPD

betr. Verzögerung des Inkrafttretens des Abkommens über die Rechtsstellung der bei den Alliierten Beschäftigten

Wir fragen die Bundesregierung:

Welche Möglichkeiten sieht die Bundesregierung, um im Falle einer weiteren Verzögerung des Inkrafttretens des Abkommens zwischen den Parteien des Nordatlantikvertrages vom 19. Juni 1951 über die Rechtsstellung ihrer Truppen (NATO-Truppenstatut) und der Zusatzvereinbarungen vom 3. August 1959 im Sinne der Entschließung des Bundestages vom 4. Mai 1961 die Rechtsstellung der bei den allierten Streitkräften beschäftigten Bediensteten auf anderem Wege zu verbessern?

Bonn, den 25. März 1963

Ollenhauer und Fraktion